

Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 35 Pfg. für die 6 gespaltene Beitzelle. Der Betrag ist im voraus zu entrichten

Nr. 1

Sonntag, den 2. Januar

1916

Das neue Jahr.

Wieder liegt ein Jahr hinter uns. Und welches Jahr! Als die Sonne aufging am ersten Tage, sah sie, wie die Völker Europas sich im Blut wälzten, und als sie am letzten Tage hernieder sank, war es noch nicht anders: Die Sehnsucht nach Frieden blieb unerfüllt. Neue Millionen mußten hinaus, Unzählige bedrückt der kühle Rasen. Das fürchterliche Ringen will kein Ende nehmen. Wird uns das neue Jahr den Frieden, den alle Welt so notwendig braucht, bringen? Oder sollen wir den Glauben an ein höheres Menschengeschick völlig verlieren?

Draußen an den Fronten stehen unsere Lieben; mit ihrem Leben, ihrer Gesundheit stehen sie für die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens. Und dennoch: So manche Klage von schwerem Leid tönt an unser Ohr. Bringt der Krieg auch Not und Kummer, so hat gewissenlose Spekulation das Ährige dazu beigetragen, die Not zu vermehren, den Kummer zu erhöhen. Der Krieg macht die Menschen größer, wird gesagt. Wir zweifeln mindestens, soweit es sich um das moderne Kauteritertum handelt.

Manches haben wir vermissen müssen, was nach unserer Auffassung geeignet gewesen wäre, eine bessere und billigere Verteilung der vorhandenen Lebensmittel zu begünstigen. Es muß seitens der Gesetzgebung fester zugegriffen werden, sollen die Folgen des Krieges nicht noch schwerer lasten auf den schwachen Schultern der Unbemittelten. Alles das sagen wir mit besonderer Rücksicht auf die Tabakarbeiter; denn sie sind von den Unbemittelten die Merkmals.

Gern wollen wir anerkennen, daß uns das verfloßene Jahr in vielen Betrieben Lohnerhöhungen und Kriegszulagen gebracht hat. Leider reichen sie nicht aus, die höheren Lebensmittelpreise auszugleichen. Schlimmer noch ist, daß viele Tabakarbeiter überhaupt noch keine Zulage erhalten haben. Wird das im neuen Jahre besser werden? Alle, die volkswirtschaftlich sich zu sorgen haben, ebenso die direkt Beteiligten, werden sich sagen müssen, daß das Durchhalten für die Tabakarbeiterschaft besonders schwer ist. Es ihnen zu erleichtern, ist deshalb nicht nur Ehrenpflicht, sondern eine soziale Notwendigkeit. Wird man im kommenden Jahre daran noch mehr als bisher denken?

Und die Tabakarbeiter und -arbeiterinnen, werden sie im kommenden Jahre besser als im vergangenen für ihre Interessen eintreten? Wir haben mit Hilfe der Organisation im vergangenen Jahre manches, trotz des Krieges, erreicht. Unser Verband hat seine Aufgaben, die ihm gestellt, auch in so schwerer Zeit erfüllen können, indem er für die Besserung der wirtschaftlichen Lage seiner Mitglieder kämpfte. Er hätte mehr tun können, wenn die Tabakarbeiter mehr zur Organisation gehalten hätten. Wird das künftig besser werden? Zwar hat sich der Mitgliederstand gehalten, er ist am Schlusse des Jahres ungefähr derselbe wie zu Anfang, obgleich im ersten Quartal noch ein erheblicher Verlust zu verzeichnen war. Doch das ist kein Trost. Zehntausende Tabakarbeiter mußten gerade in dieser Zeit erwachen und merken, daß es kein anderes Heil für sie gibt, als dem Verband beizutreten.

Werden wir auch im kommenden Jahre mit erhöhtem Nachdruck allesamt für unseren Verband wirken, ihn stärken, indem wir neue Mitglieder heranholen? Das Feld der Betätigung in dieser Art ist ja so groß. Wer bisher seine Pflicht veräußert hat, soll sie künftig nachholen. Nicht nur das neue Jahr, sondern die künftige Zeit überhaupt wird an die Tabakarbeiter schwere Anforderungen stellen. Ob und wie sie sie bezwingen, liegt zum guten Teil bei ihnen selbst.

Das sind einige Fragen und Gedanken, die sich uns beim Jahreswechsel aufdrängen. Möchte doch jeder Tabakarbeiter und jede Tabakarbeiterin in diesem Sinne geistige Einkehr bei sich halten.

Was uns auch durch den Kopf gehen mag beim Wechsel des Jahres, ein heißer Wunsch aus tiefstem Herzen überdönt es: Frieden! Frieden!

Ein Schritt vorwärts. *

Selten sind der Regierung Deutschlands so bittere Wahrheiten gesagt worden, wie bei den Beratungen in der Budgetkommission des Reichstages über die Fragen der Volksernährung während des Krieges. Der Lebensmittelwucher, die unerhörten Preistreiberien, die Zurückhaltung von Lebensmitteln seitens der Produzenten und Händler zum Zwecke der Erzielung höheren Gewinnes, alles das hat dem Fasse dem Boden ansgestossen und den Unwillen des Volkes zu einer bedenklichen Gefahr gesteigert. Müßte es dahin kommen?

* Anmerkung: Dieser und der folgende Artikel sollten bereits in voriger Nummer erscheinen, Raumangel zwang uns jedoch zur Zurückstellung.

Nun, die Beratungen in obiger Kommission geben auf diese Frage eine verneinende Antwort. Der Regierung würde vorgeworfen, daß sie nicht früh genug, nicht sachgemäß und wirksam dagegen eingegriffen habe, obwohl ihr der Reichstag die Befugnis dazu erteilte. Es kam auch dabei das Bedauern zum Ausdruck, daß der Reichstag sich durch die Erteilung dieser Befugnis bei der Organisation der Volksernährung hat ausschalten lassen. Nunmehr besteht die Absicht, diesen Fehler anzumerzen. Zwar liegt schon ein früherer Beschluß des Reichstages vor, eine Zentralstelle einzurichten, von der unter Beihilfe des Reichstages die Regelung aller Ernährungsfragen ausgehen soll. Aber die Regierung hat die Ausführung des Antrags zu Verhöhnung benutzt und die Reichspräsidentenwahlgesetzliche eingerichtete, die ein Messer ohne Heft und Klinge ist, denn sie hat nicht die mindeste exekutivische Befugnis.

Nun hat die Zentrumsfraktion den früher von der sozialdemokratischen Fraktion gestellten und vom Reichstag beschlossenen Antrag erneuert durch eine Resolution, die bejagt: den Reichskanzler angesichts der Entwicklung der Verhältnisse in den letzten Monaten erneut zu ersuchen, noch während der gegenwärtigen Tagung des Reichstages zur Versorgung der Bevölkerung Deutschlands mit Nahrungsmitteln usw. sogleich eine Zentralstelle für Lebensmittelversorgung beim Bundesrat zu schaffen, unter Hinzuziehung eines Beirates, der aus vom Reichstag ernannten Mitgliedern besteht. Die Zentralstelle erhält das Recht, Lebensmittel zu beschlagnehmen und zu enteignen, um sie den Kommunalverbänden zu überlassen.

Zur Begründung dieses Verlangens wurde der Regierung gesagt, daß sie bei den zahlreichen Maßnahmen, die sie getroffen, vollständig versagt habe, denn sonst hätte die Teuerung durch eine wucherische Preistreiberie nicht so auf die Spitze getrieben werden können. Von sozialdemokratischen und bürgerlichen Rednern wurden dabei alle Maßnahmen einer geradezu vernichtenden Kritik unterworfen. Die Verteidigung durch die Staatssekretäre usw. war demgegenüber eine äußerst schwächliche. Einzelheiten dieser berechtigten Kritik können wir uns hier schenken, die darübenden Volkskreise wissen ja nur zu gut, wie berechtigt sie ist.

Bemerkenswert ist jedoch, wie die Regierung die Mitwirkung des Reichstages bei künftigen Maßnahmen gegen die Teuerung abzuwehren suchte. Der Staatssekretär Dr. Dellbrück, gegen den gerade die Vorwürfe wegen der Mißstände gerichtet wurden, suchte dem Verlangen mit staatsrechtlichen Einwänden zu begegnen. Dafür bekam er jedoch von dem Zentrumsabgeordneten Gröber eine Lektion, die festgehalten zu werden verdient. Nach vorliegenden Berichten sagte er u. a.:

Die staatsrechtlichen Bedenken seien angebracht vor einem Juristentag, nicht aber vor einer Kommission, die sich mit der Volksernährung in Zeiten des Krieges zu befassen hat. Die Reichsschuldenkommission des Reichstages z. B. hat eine exekutive Gewalt — weshalb hier nun plötzlich Verfassungsbedenken? Mit dem Sündenbekenntnis des Staatssekretärs ist es nicht getan, es fehlt zur Absolution noch die Reue und das Versprechen der Besserung. Was man brauche, das sei nicht Geduld, sondern praktisches Verständnis, deshalb sollte die Regierung den geforderten Beirat mit Freuden begrüßen, damit überwindet man dann auch leichter die Hindernisse, die von gewisser Seite bereitet werden. Was wir brauchen, sind rasche Entscheidungen, nicht aber einen Diktator, der dann auch den Reichstag ausschalten würde.

Das war bitter. Aber trotzdem will die Regierung nichts von der Mitwirkung des Reichstages wissen, sie will allein in der brennenden Frage handeln und weiter fortwursteln. Daß unter der Mitwirkung des Reichstages der übermächtige Einfluß von Produzenten- und Handelskreisen, z. B. der Agrarier, die ihren Vorteil gründlich wahrzunehmen verstehen, zurück gedrängt würde, ist klar. Daß ferner die Feststellung von Höchstpreisen entsprechend der geübten Kritik von der Quelle der Produkte bis zu ihrem Uebergang in Konsumentenhande konsequent und lückenlos durchgeführt würde, daß vor allem die Beschlagnahme und Enteignung im Notfall rücksichtslos eintreten und den Wucherern usw. die Verheimlichung und Zurückhaltung der in ihrem Besitz befindlichen Waren verleidet würde, wenn alle Parteien des Reichstages in der Zentralstelle vertreten wären, ist sicher. Natürlich fällt uns nicht ein, anzunehmen, daß dann alle Aktionen fehlerfrei sein würden, aber die Verantwortung der Parteien vor der Dezentralität müßte sie veranlassen, alles zu tun, um die Ernährung des Volkes sicher und billiger zu stellen und dadurch schon den Unmut in weitesten Kreisen zu dämpfen.

Eigentlich müßte die Regierung von dem letzteren Gesichtspunkte aus die verlangte Organisation nur wünschen, denn dann würde nicht alle Verantwortung sie allein treffen, wie für ihre bisherigen Maßnahmen, obgleich auch den Reichstag ein Teil der Schuld an den gegenwärtigen

Verhältnissen trifft, weil er von vornherein leider der Regierung vertrauensselig freie Hand gegeben hat.

Nach den staatsrechtlichen Bedenken des Staatssekretärs ließ derselbe das alte Lied ertönen, man möge doch einmal abwarten, wie die neue Regelung sich betätigen werde. Er meinte damit sowohl die neuen Verordnungen, als die Zusammenfassung der ganzen Ernährungsfragen und ihre Behandlung in dem dazu eigens errichteten Unterstaatssekretariat. Aber das ist die alte Beschwichtigungstaktik, mit der sich der Reichstag leider schon mehrere Male einlassen ließ. Ganz richtig wurde demgegenüber von dem sozialdemokratischen Abg. Schmidt-Berlin verlangt, daß der geforderten Zentralstelle erst alle Bundesratsverordnungen vor ihrem Erlaß vorgelegt werden müßten. Trüge die Zentralstelle die Verantwortung mit für alle Maßnahmen, dann muß sie diese vorher auch auf ihre Durchführbarkeit prüfen können. So erst ist aus der Zusammenwirkung aller verantwortlichen Stellen Ersprißliches zu erwarten.

Der Reichstag hat sich durch die Einwendungen des Staatssekretärs nicht beschwichtigen lassen. Wie gemeldet wird, hat die Budgetkommission den Antrag des Zentrums angenommen. Allerdings in abgeänderter Form. Die Resolution ersucht den Reichskanzler,

noch während der gegenwärtigen Tagung des Reichstages 1. beim Reichsamt des Innern eine Zentralstelle für Lebensmittelversorgung zu bilden. Die Zentralstelle erhält auch das Recht, Lebensmittel zu beschlagnehmen und zu enteignen, um sie den Kommunalverbänden zu überlassen; 2. einen vom Reichstag zu wählenden, aus 15 Abgeordneten bestehenden Beirat für die Versorgung der Bevölkerung Deutschlands mit Nahrungsmitteln und mit Gegenständen des täglichen Bedarfs einzuberufen. Dieser Beirat ist beim Reichsamt des Innern zu errichten, ist von diesem mit allem einschlägigen Material zu versehen, hat das Recht der Initiative auf seinem gesamten Arbeitsgebiet und hat allwöchentlich zu tagen.

Der Staatssekretär des Innern erachtete die früher geäußerten verfassungsrechtlichen Bedenken durch die jetzige Form des Antrages für beseitigt. Das darin vorgezeichnete Recht der Initiative fasse er so auf, daß zwar die Zentralstelle jederzeit Anträge stellen könne, daß ihnen aber nicht unter allen Umständen stattgegeben werden müsse. Zu den Sitzungen der Zentralstelle würden auch die Vertreter der verbündeten Regierungen zugezogen. Deren Verantwortlichkeit gegenüber dem Reichstage werde durch die Zentralstelle nicht beseitigt, da sie verfassungsmäßige Funktionen nicht habe.

Der Antrag des Zentrums wurde hierauf einstimmig angenommen. Wie nun die Regierung den Auftrag ausführen wird, bleibt abzuwarten. Im Beirat wird sich die Initiative der Reichstagsmitglieder jedenfalls kräftig durchsetzen müssen gegenüber dem Vorbehalt des Staatssekretärs.

Fortdauernde Teuerung?

Nichts anderes bezweckt ein Vorschlag des national-liberalen Reichstagsabgeordneten Dr. Stresemann, der in der Zeitschrift Hansa und die Schwierigkeiten der Industrie nach dem Kriege bespricht. Der Mangel an Rohstoffen sei infolge der verminderten Zufuhr aus dem Ausland so groß, daß es unter Umständen zirka neun Monate nach dem Kriege dauern werde, ehe wieder vollständiger Ertrag geschaffen werden könne. In dieser Zeit würde das Ausland, das nicht an Rohstoffmangel leide, den Inlandsmarkt mit fertigen Waren überschwemmen und dadurch die inländische Industrie schädigen.

Dem will nun Stresemann nicht etwa durch höhere Zölle entgegengetreten wissen, behaupte, denn eine Verteuerung der Waren liegt diesem Stande der Großindustrie fern. Aber die Einfuhr billigerer Waren aus dem Ausland würde die profitablen Kriegspreise herabdrücken und die Teuerung beschränken. Das fürchtet der Edle. Wie wäre nun wohl dieser Verbilligung der Waren, also der Beseitigung der Teuerung zu steuern? Nichts einfacher als das. Das Mittel heißt Einfuhrbeschränkung.

Um es dem guten Volke, das die teuren Preise am liebsten sofort verschwinden sähe, plausibel zu machen, führt Stresemann ihm das schlechte Beispiel Englands vor Augen. Er schreibt da unter anderem:

„Den Weg, den wir zu gehen haben, hat England gelehrt. Es hat von seinem Recht die Meere durch seine Flotte zu beherrschen, in rücksichtsloser Weise auch gegenüber den neutralen Staaten Gebrauch gemacht. Der Zweck der Einfuhrbeschränkung in neutralen Ländern ist doch kein anderer, als die Einfuhr dieser Länder auf den vorhandenen Bedarf zu beschränken, um ein Abfluten überschüssiger Waren nach Deutschland zu verhindern. Auf dieser Grundlage muß man aufbauen, indem wir für einen noch zu bestimmenden Zeitraum die Einfuhr ausländischer Waren nach Deutschland mit Ausnahme von Rohstoffen und etwa bestimmten Halbfabrikaten auf bestimmte Mengen beschränken. Dies würde bedeuten, daß der völlig freie Wettbewerb unter Beobachtung der handelspolitischen Beziehungen eintritt, wenn wir uns genügend mit Rohstoffen versorgt haben.“

Angeblieh handelt es sich bei dieser Gründung um eine Kriegsmaschine, während interessierte Kreise damit rechnen, daß es sich um eine dauernde Einrichtung handelt.

In einer Versammlung der Abteilung Sachsen des Verbandes der Deutschen Zigarettenindustrie führte Herr Creier nach dem Bericht der „Tabakwelt“ über das Unternehmen aus, daß die Regierung es für notwendig erachtet habe, die Versorgung der Industrie mit preiswertem Rohmaterial sicherzustellen, und zwar nicht nur im Interesse der Industrie, sondern auch aus allgemeinen wirtschaftlichen Gründen. Ein Monopol für die Einfuhr von Zigarettenfabrikaten sei der Gesellschaft nicht erteilt. Es handle sich vielmehr lediglich um ein Monopol in Bezug auf die auf dem Landwege bestehenden und zurzeit ganz der militärischen Gewalt unterstehenden Transportmöglichkeiten, woraus sich für die Beförderung auf dem Landwege allerdings praktisch zurzeit ein Einfuhrmonopol für die Gesellschaft ergebe. Auf dem Wasserwege, z. B. über Holland, bleibe jedoch die private Einfuhr freigegeben. Ferner sei es zugestanden worden, daß diejenigen Zigarettenfirmen, die Tabake im Orient lagern haben, diese im festgesetzten Verhältnis zur Gesamteinfuhr ebenfalls auf dem Landwege beziehen können, daß hierüber hinaus auch solche Fabrikanten, die früher auf dem Balkan gekauft haben, auch weiterhin direkte Einfäufe tätigen können, jedoch unter der Maßgabe, daß ihnen solche Bezüge auf ihr Kontingent angerechnet werden und 25 Prozent hiervon an die Einkaufsgesellschaft abzutreten sind.

Zigarettenmonopol in den Baltischen Provinzen.

Der Oberbefehlshaber-Ost hat jetzt eine Zigarettenverordnung erlassen, die für die eroberten Baltischen Provinzen ein Monopol einführt, das indes in wesentlichen Teilen anders organisiert worden ist, als das Zigarettenmonopol in Polen. Die gewerbsmäßige Herstellung von Zigaretten, Feinschnitttabak und Zigarettenhüllen ist nach der jetzt ergangenen Verordnung verboten, doch dürfen Raucher für sich selbst Zigaretten anfertigen, wenn sie sich nicht der entgeltlichen Arbeit anderer bedienen. Auf Antrag kann der Weiterbetrieb von Zigarettenfabriken in den besetzten Gebieten gestattet werden. Das Recht zur Einfuhr der bezeichneten Waren hat allein der Oberbefehlshaber-Ost. Liebesgaben und ähnlichen Sendungen fallen nicht unter das Einfuhrverbot.

In Jasterburg wird ein Zigarettenamt errichtet, das die Zigaretten einkauft und sie auf Bestellung an die Händler in den besetzten Gebieten abgibt. Das Zigarettenamt übernimmt die einzuführenden Waren nicht in fester Rechnung, sondern lediglich zum kommissionarischen Verkauf; es lagert sie in seinem Lager ein, das unter zollamtlichem Mitverschluß steht. Zur Beteiligung an den Lieferungen sind wie in Polen alle deutschen Zigarettenfabriken berechtigt, die mindestens 25 Arbeiter oder eine Zigarettenmaschine mit Kraftbetrieb ein Jahr vor dem Kriegsausbruch in eigenem Betriebe hatten und noch haben. Sie müssen ihre Leistungsfähigkeit auf Verlangen nachweisen, außerdem aber eine Firma führen, die als zuverlässig und ehrenhaft bekannt ist — eine Bedingung, die auch für die Inhaber der Firma gilt. Der Verkehr zwischen dem Zigarettenamt und den Lieferanten vollzieht sich wie jeder Verkehr zwischen Großhändlern und Fabriken, und darin liegt ein wesentlicher Unterschied gegenüber dem Monopol in Polen. Dort sind keine Markenbezeichnungen zugelassen, jede Kellame der Firmen ist verboten, die Packungen sind einheitlich nach Vorschrift herzustellen und dürfen nur auf der Unterseite den Namen der Fabrik tragen. Der Bedarf wird unter die Lieferanten nach einem bestimmten Schema verteilt. Auch müssen in Polen die Händler nehmen, was die Monopolverwaltung ihnen liefert — und demgemäß auch die Käufer. Die Händler können nicht eine bestimmte Marke bestellen, die von ihrer Kundschaft bevorzugt wird. Dagegen wird in den Baltischen Provinzen die Ware geliefert, die die Händler haben wollen. Auch die Kellame ist den Lieferanten nicht verboten, jede Fabrik kann versuchen, ihren Warenabsatz zu steigern. Das Zigarettenamt in Jasterburg handelt also nur mit solchen Marken, die bei ihm bestellt und abgenommen werden.

Im übrigen wird die Ware in den eroberten Gebieten frei von der deutschen Zigarettensteuer behandelt, wengleich vorläufig die deutsche Banderole mit dem Aufdruck „D. S. D.“ (Ober-Befehlshaber-Ost) angebracht werden muß. Das Zigarettenamt bezahlt für die Zigaretten den Kleinverkaufspreis abzüglich eines Betrages, der bei den billigen Zigaretten von 1 1/2 und 2 3/6 Prozent, bei den Zigaretten von 3 3/4 aufwärts bis zu 65 Prozent beträgt. Dem Händler werden als Nutzen beim Bezuge von weniger als 100 000 Stück 12 Prozent, beim Bezuge von 100 000 Stück 13 Proz., bei wenigstens 500 000 Stück 15 Proz. und beim Bezuge von mindestens 2 500 000 Stück im Jahre 17 Prozent des Kleinverkaufspreises gewährt. Bei Feinschnitttabak und Zigarettenhüllen hat er 10 Prozent des Kleinverkaufspreises als Nutzen. Beim Bezuge von 100 000 Stück auf einmal erfolgt Frankofreierung bis zur nächstgelegenen Eisenbahnstation des Empfängers, bei geringeren Mengen muß der Empfänger die Fracht zahlen, ebenso auch die Kosten für etwaigen Landtransport. Im übrigen liefert das Zigarettenamt nur gegen vorherige Kasse. Mengen unter 10 000 Zigaretten oder 10 kg Feinschnitttabak oder unter 10 000 Stück Zigarettenhüllen werden nicht abgegeben. Die Händler bedürfen einer behördlichen Genehmigung, die nach Prüfung gegen eine Gebühr von 20 M erteilt wird. Wer das Monopolrecht in irgend einer Weise verleiht, wird mit Geldstrafe von 50 M bis 50 000 M bestraft, die Ware wird außerdem eingezogen. Kann die Geldstrafe nicht beigetrieben werden, so tritt an ihre Stelle Freiheitsstrafe, die jedoch die Dauer eines halben Jahres nicht übersteigen darf.

Lieber das Tabakmonopol!

Die Vereinigten Tabakzeitungen berichten: Die westdeutschen Großhändler, soweit sie in dem Verein Westdeutscher Großhändler von Tabakfabrikanten

zusammengeschlossen sind, traten kürzlich in Düsseldorf mit dem „Zentralverband Deutscher Großhändler der Tabakbranche“ zusammen, um sich über die Stellungnahme und der bevorstehenden Tabaksteuerfrage einig zu werden. Man kam darauf zu, eine Kommission zu wählen, um bei der Behörde die eigenen Interessen zu vertreten. Die Vertreter des Vereins Westdeutscher Großhändler lehnen sowohl das Monopol für Zigaretten als die Zigarettenbänder ab. Die beabsichtigten Besteuerungsarten würden keine großen Erträge einbringen und nur unbilligerweise den Verkehr erschweren, sowie den Verbrauch herabmindern. Eher läme die Wertsteuer oder aber das allgemeine Tabakmonopol in Frage. Man will nun Vorschläge vorbereiten, in welcher Weise die Besteuerung am zweckmäßigsten erfolgen kann.

Textilarbeiterinnen im Tabakgewerbe.

In den Fachblättern ist zu lesen: „Die Deutsche Zentrale für Kriegslieferungen von Tabakfabrikaten, Sitz Minden (Westf.), bittet ihre Mitglieder, in ihren Betrieben nach Möglichkeit beschäftigungslose Textilarbeiterinnen einzustellen, sei es zur Verwendung bei den Hilfsarbeiten, sei es zur Anlernung in der Fabrikation. Betriebspersonal, das von der Militärbehörde für garnisondienstfähig oder arbeitsverwendungsfähig erklärt worden ist, wird zum Zweck der Anlernung solcher Arbeiterinnen mit Erfolg rekrutiert werden können. Hauptächlich handelt es sich um die Beschäftigung dieser Arbeiterinnen von Firmen der Zigarettenindustrie an den Orten, in welchen Zigarettenfabrikation vorhanden ist, so kann um die Einrichtung neuer Filialbetriebe der Zigarettenfabrikation in den Ortschaften der Textilindustrie. Weniger kommt eine Ueberziehung von Textilarbeiterinnen nach Orten der Zigarettenfabrikation in Betracht, da hiermit Schwierigkeiten verbunden sind. Zur Ueberziehung der wirtschaftlichen Not der durch Mangel an Rohstoff in der Textilindustrie beschäftigungslos gewordenen und in den nächsten Monaten in erhöhtem Maße arbeitslos werdenden Arbeiterinnen werden die Mitglieder dringendst gebeten, auch von dem Gesichtspunkte der vaterländischen Gemeinbürgerschaft aus, wo immer es nur angeht, diesen Arbeiterinnen Arbeit und Verdienst zu verschaffen. Demzufolge sollen die Mitglieder möglichst bald berichten, was in dieser Hinsicht bereits von ihnen geschehen ist und mit welchem Erfolge, ferner, ob sie bereit sind, auf diese Anweisung einzugehen, in welchem Umfange und unter welchen Umständen dies geschehen kann.“

Es ist ja begreiflich, daß die Tabakindustrie sich jetzt bemüht, die für die Produktion erforderliche Anzahl Arbeitskräfte heranzuziehen, aber wie soll es werden, wenn nach dem Kriege das Geschäft wieder schlechter geht und, wie vor dem Kriege, die normale Arbeiterzahl nicht einmal ausreichende Beschäftigung hat? Man denke auch an die Rückkehr Tausender Soldaten aus der Tabakindustrie! Wird es möglich sein, alle während des Krieges neu angelernten Kräfte in ihre alten Berufe zurückzuführen? Wir wissen, daß sich auch Gemeindeverwaltungen eifrig um die Anlernung arbeitsloser Frauen in der Zigarettenindustrie bemühen, daß sie Filialbetriebe in ihren Ort zu ziehen versuchen, und zwar mit Erfolg. Werden die Fabrikanten alle diese Filialen nach dem Kriege wieder einzuziehen? Bemerkenswert ist auch in dem Aufruf der Mindener Zentrale für Kriegslieferungen, daß es Textilarbeiterinnen sein sollen, die in unserer Industrie anzulernen sind. In der Textilindustrie sind doch gegenwärtig auch zahlreiche männliche Arbeitskräfte brotlos. Weshalb will man diese nicht haben? Sind männliche Textilarbeiter schon zu teuer?

Wir meinen, daß die Tabakarbeiter und Tabakarbeiterinnen aus diesen Erscheinungen den dringenden Schluß ziehen müßten, sich samt und sonders jetzt der Organisation anzuschließen, damit sie nicht später unter die Räder geraten.

Weitere Austritte aus dem Verband der deutschen Zigaretten-Industrie.

Dem Vorgehen ihrer Dresdener Kollegen schlossen sich an die Firmen Garbath-Berlin-Pankow, Leopold Engelhardt-Bremen und Zuba-München. Auch sie erklären ihren Austritt aus dem Verbande der deutschen Zigaretten-Industrie und entziehen dem Herrn Creier die Vertretung ihrer Interessen. Weitere Firmen dürften bald folgen.

Zweihunderttausend Mark-Spende.

Die Zentrale für Kriegslieferungen, Sitz Minden, hat je 100 000 M dem Roten Halbmond und dem bulgarischen Roten Kreuz als Spende überwiesen.

Sperrung der Tabakausfuhr in der Türkei.

Wie die Vereinigten Tabak-Zeitungen erfahren, erläßt die türkische Regierung ein Verbot der Ausfuhr einheimischer Tabake. Auch der bulgarische Staat will sich einem solchen Vorgehen anschließen, das in erster Linie deshalb erlassen werden soll, um den eigenen Bedarf und den der Verbündeten sicherzustellen.

Am Ende hängen diese Absichten mit der Gründung der Deutschen Zigarettenfabrikanten-Einkaufsgesellschaft zusammen?

Zur Nachabmung empfohlen!

Die Zahlstelle Geringswalde veranstaltete am Sonntag, den 5. Dezember, eine gut vorbereitete Hausagitation, an der außer mehreren Kollegen auch Gewerkschaftsmitgliedern vom Orte sich beteiligten. Von 60 aufgefundenen Tabakarbeitern schlossen sich 33 der Organisation an. Dies ist gewiß ein recht erfreuliches Resultat, ist doch damit erreicht, daß nunmehr mehr als die Hälfte der im Geringswalder Bezirk beschäftigten Tabakarbeiter

der Organisation angehören. Von einer regen Tätigkeit der dortigen Ortsverwaltung zur Gewinnung neuer Mitglieder zeugt es, daß dieselbe beschloffen hat, nach den Feiertagen erneut auf dem eingeschlagenen Wege fortzuschreiten, um auch den Rest der noch abseits Stehenden für die Organisation zu gewinnen. Wir dieser eifrigen, irrenden Tätigkeit könnten sich recht viele Zahlstellen im Gau Dresden ein Beispiel nehmen. In anderen Gauen auch.

Zum Verbandsjubiläum.

Die holländische Bruderorganisation sandte unserem Verband nachstehendes Glückwunschtelegramm: Amsterdam, den 25. 12. 1915.

An den Vorstand des Tabakarbeiterverbandes, Bremen.

Unsere heutige Delegiertenversammlung sendet Euch herzlichsten Glückwunsch zum goldenen Fest Eurer Organisation. Wir hoffen, daß sie Eure Macht immer mehr stärken wird zum Heile der deutschen Fachgenossen und des internationalen Proletariats! Niederländische Sigarenmalers en Tabakbewerfersbond, J. A. J. G. E. H. e. l. s. h. e. i. m. Vorsitzender, J. B. o. m. m. e. r., Sekretär.

Die Arbeiter-Sekretariate im Jahre 1914.

In der Nr. 51 des „Correspondenzblattes der Generalkommission“ werden die Erhebungen über die Arbeiter-Sekretariate im Jahre 1914 veröffentlicht. Die Einwirkungen des Krieges machen sich auch bei dieser Erhebung geltend, obgleich nur fünf Kriegsmo-nate neben sieben Friedensmonaten in Betracht kommen. Die Zahl der Sekretariate ist nicht kleiner geworden, es wurden im Gegenteil im Jahre 1914 9 Sekretariate neu errichtet, fast alles Bezirkssekretariate, deren Errichtung zu einer Notwendigkeit dadurch wird, daß in vielen Fällen jezt der Rückzug nicht mehr zulässig ist. Die Ueberberücksichtigungsmäße entscheiden endgültig, und dieses macht mündliche Vertretung vor ihnen erwünscht. Es sind jedoch auch einige Sekretariate so vom Krieg in Mitleidenhaft gezogen worden, daß sie entweder eingegangen sind oder daß sie keinen Bericht geben konnten. Es beträgt deshalb die Zahl der berichtenden Sekretariate 130 gegen 129 im Jahre 1913. Die Gesamtzahl der Auskunfts-suchen ist gegen das Vorjahr etwas zurückgegangen. Sie beträgt 647 461 gegen 683 690. Die Auskunfts-suchen haben sich demnach um 36 229 verringert. Wie sehr hier der Krieg mitgewirkt hat, geht daraus hervor, daß die Zahl der männlichen Besucher um 73 467 sank, während die der weiblichen Besucher um 32 911 stieg. Dies zeigt das in außerordentlich vielen Fällen an Stelle der erwerbenden Männer deren weibliche Angehörige das Sekretariat aufsuchten. Wie es in der Natur der Sache liegt, stellten die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter die Mehrzahl der Besucher, 450 724 oder 67,07 Prozent.

Auskünfte sind im ganzen 692 590 erteilt worden. Sie haben sich um 35 502 verringert. Natürlich verteilt sich diese Verringerung nicht auf alle Gebiete der Auskunfts-erteilung. Auf manchem sind sie sogar ganz erheblich gestiegen. So stiegen z. B. die Auskunfte über das Militärwesen von 8443 im Jahre 1913 auf 24 451, wobei noch nicht einmal die Auskunfte eingerechnet worden sind, die bedingt waren durch die vielen Anfragen über die Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer, die nicht weniger als 12 060 Auskunfte notwendig machten, so daß im allgemeinen die Auskunfte, die das Militärwesen mit sich brachte, sich um 34 088 vermehrten. Auch auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung zeigen sich interessante Veränderungen. Auskunfte über Unfallversicherung wurden im Berichtsjahre 15 074 weniger als im Jahre vorher erteilt. Die Zahl fiel von 117 211 auf 102 137, während die über die Krankenversicherung von 40 711 gestiegen ist auf 48 287. Diese Veränderungen erklären sich daraus, daß nach Kriegsausbruch die Berufsgenossenschaften auf Eruchen des Reichsversicherungsamtes mit Renten-fürsorgungen zurückhielten, während andererseits die die Krankenversicherung betreffenden Gesetze vom 4. August 1914 eine beträchtliche Verschiebung der Rechte und Pflichten der Krankentassenmitglieder brachten, daß sich daraus ohne weiteres die Steigerung der Anfragen erklärt.

Schriftsätze sind 180 851 angefertigt worden. Auch hier hat sich die Zahl etwas verringert, obgleich allein auf dem neuen Gebiete der Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer 7812 Schriftsätze angefertigt wurden. Auch die persönlichen Beratungen sind etwas geringer geworden, 6173 gegen 6717. Die Verringerung entfällt fast ausschließlich auf die Beratungen vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten, die von 1378 auf 796 heruntergegangen sind.

Auf das Kassengebühren der Sekretariate hat der Krieg natürlich auch eingewirkt. Dies sei nur illustriert an den Zuschüssen, die die Generalkommission geleistet hat. Im Jahre 1913 leistete diese an 8 Orten Zuschüsse in Höhe von 17 260 M. Im Jahre 1914 mußte sie an 20 Sekretariate mit insgesamt 34 120 M. Zuschüsse geben, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß bei den Bezirks-Sekretariaten die Zuschüsse von vornherein in Betracht gezogen waren.

Erwähnt mag werden, daß das Sekretariat in Frankfurt a. M., das seither beständig an erster Stelle gestanden hat, im Berichtsjahre an die zweite Stelle gerückt ist. Es ist überholt worden vom Arbeiter-Sekretariat Berlin, das 35 119 Auskunfte erteilte, während in Frankfurt 30 533 erteilt wurden.

Auskunftsstellen der Gewerkschaftskartelle haben nur 117 gegen 222 im Vorjahre berichtet. Hier hat der Krieg stärker eingewirkt als bei den Sekretariaten. Die Zahl der von ihnen erteilten Auskunfte sank auf 42 229, wobei zu beachten ist, daß die fehlenden Auskunftsstellen zumeist bis zum Kriegsausbruch oder bis zur Einberufung der Auskunftsbeiräte noch tätig waren, ihre Auskunfte aber nicht mitgezählt werden konnten, weshalb Vergleiche mit dem Vorjahre nicht möglich sind.

Berichtigung.

In dem Artikel „Unsere Presse“ in der vorigen Nummer des Tabak-Arbeiter ist zu berichtigen, daß Kollege Geiger nicht 1904, sondern 1895 die Redaktion des Organs übernahm, nachdem die Generalversammlung 1894 einen Tabakarbeiter auf den Posten gewünscht hatte.

Verbandssteil.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Reichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — Tele. von Nr. 6046.

Büreauzeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags.

Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Geld-, Einschreib- und Wertsendungen nur an H. Nieber-Melland, Bremen, Faulenstraße 58/60 (Gewerkschaftshaus), Zimmer Nr. 32. — Bankkonto, bei der Sparkasse der Gewerkschafts-Gesellschaft deutscher Konsumvereine m. B. G. in Hamburg, Postfach Nr. 5349 beim Postamt in Hamburg.

Für die Expedition bestimmte Zuschriften sind an Johs. Krohn, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Für die Redaktion bestimmte Zuschriften sind an Gustav Meindorf, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Für den Ausschuß bestimmte Zuschriften sind an E. Schone, Hamburg, Besenbinderhof 57 III, Zimmer 45 und 46 (Gewerkschaftshaus) zu adressieren.

Bekanntmachungen.

Als verloren gemeldet: Hamburg: Das Mitgliedsbuch S. II 69184, lautend auf Paula Weichhausen aus Altona, geb. 23. 9. 1890, eingetr. 21. 6. 1909. (S. 650, 22 S. 15.)
 Südbremern: Das Mitgliedsbuch S. I 27188, lautend auf Heim. Hubert aus Mothensfeld, geb. 6. 9. 1881. Die Beitragsmarken sind bis 21. 8. 15. gefordert. (S. 662, 2 S. 15.)
 Im Vorzugungsfalle sind bis Weiter abzunehmen und an den Vorstand einzufenden.

Gewerkschaftliche Frauenzeitung.

Vom Januar 1916 ab erscheint im Verlage der General-Kommission unter dem Titel „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ ein Blatt, das beitragen soll, die Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten für die Gewerkschaften zu gewinnen. Das Blatt erscheint alle 14 Tage. Der Deutsche Tabakarbeiterverband ist zunächst nicht in der Lage, seinen weiblichen Mitgliedern das Blatt gratis zu liefern, da es dazu des Beschlusses eines Verbandstages bedarf. Das Blatt kann aber auch abonniert werden, und zwar nicht nur von den Mitgliedern selbst, sondern auch von den Frauen und Töchtern unserer männlichen Mitglieder. Der Bezugspreis beträgt 20 M pro Exemplar und Vierteljahr. Wer das Blatt beziehen will, bestelle es bei der Ortsverwaltung.

Unsere Ortsverwaltungen werden hiermit aufgefordert, Bestellungen auf die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ entgegenzunehmen unter Vorauszahlung des vierteljährlichen Bezugspreises. Allwöchentlich sind uns die etwaigen Bestellungen der Zahl nach mitzuteilen. Der Versand der Blätter erfolgt von hier aus gleichzeitig mit dem „Tabak-Arbeiter“. Die Ortsverwaltungen erhalten je ein Exemplar gratis von uns zugesandt.

Bremen, den 27. Dezember 1915.

Der Vorstand.

Folgende Gelder sind bei mir eingegangen (V. = Verbands-gelder):

- 17. Dezember: Godenheim M . 600.—, 18. Oranienbaum M . 200.—, Habersleben M . 60.—, Wernigerode M . 140.—, 19. Pfanzenberg M . 600.—, Neugersdorf M . 60.—, Bienenbach M . 15.—, 20. Halle a. S. M . 30.—, Frankenstein M . 48,50, Waldheim M . 300.—, 21. Bremen M . 350.—, Hamburg M . 2000.—, Spremberg M . 100.—, Lampertshausen M . 100.—, Hejnau i. Schl. M . 60.—, 22. Eichenach M . 100.—, 23. Nordhausen M . 48.—, Bremen, den 27. Dez. 1915. W. Nieder-Belland.

Mitglieder-Veranstaltungen.

Eilenburg: Sonnabend, den 8. Januar, abends 8 Uhr, im Gasthaus Zur Traube. L.-D. wird dort bekanntgegeben.
 Verden: Sonntag, 3. Jan., nachm. 4 Uhr, bei Mathies (Schwarzer Bar). L.-D.: Abrechnung, Neuwahl, Verschiedenes.



Eckstein
Zigaretten
 Einzig in Qualität
Trusffrei
 & ECKSTEIN & SÖHNE, DRESDEN

Arbeitsmarkt.

Offene Stellen.

Eine Zigarrenmacherin nach dem Rheinlande. Nachfragen: Gaarbeitsnachweis, Wilh. Schlüter, Herford, Eintrachtstr. 59, II.

Gestorben:

Seiner Verwundung erlag am 14. Oktober der Tabakspinner Moritz Kändler aus Nordhausen, 23 Jahre alt (Bühnstraße Nordhausen).
 Gefallen am 1. November in Galizien der Zigarrenarbeiter Jakob Grimig aus Pflungstadt, 25 Jahre alt. Er war einer der Besten. (Bühnstraße Pflungstadt).
 Gefallen am 16. November in Serbien der Zigarrenarbeiter Franz Röttinger aus Karlsbad, 21 Jahre alt. Kollege Röttinger war Mitbegründer der Organisation in Karlsbad (Bühnstraße Würzburg).
 In seiner Verwundung starb am 19. November im Feldlazarett in Frankreich der Kistenmacher Fritz Landwehr aus Habbede, 21 Jahre alt (Bühnstraße Habbede a. M.).
 In seiner Verwundung starb am 24. November der Sortierer Karl Guhl aus Hamburg, 32 Jahre alt (Bühnstraße Hamburg-Altona).
 Am 6. Dezember starb zu Wittweida die Zigarrenarbeiterin Amalie Weller aus Dittersdorf, 71 Jahre alt.
 Am 7. Dezember starb zu Stuttgart die Zigarettenarbeiterin Theresia Wulfer aus Manden, 52 Jahre alt.
 Am 8. Dezember starb zu Braunshweig der Zigarrenarbeiter Fritz Stamm aus Dippstadt, 71 Jahre alt.
 Am 8. Dezember starb zu Koffen der Zigarrenarbeiter Emil Ulrich aus Kallenberg, 54 Jahre alt.
 Am 12. Dezember starb zu Godenheim der Zigarrenarbeiter Joseph Auer aus Godenheim, 49 Jahre alt.
 Am 13. Dezember starb zu Nordhausen der Rollenmacher Louis Banersfeld aus Salza, 75 Jahre alt.
 Zu Burgdamm starb der Zigarrenarbeiter Dietrich Stubbe, 73 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

Soeben neu erschienen Modellbogen 209 für gebrauchte Wickelformen

Grosses Wickelformenlager Deutschlands

JEDES FACON NEU UND GEBRAUCHT STETS AM LAGER

L. COHN & CO.
 BERLIN N., BRUNNENSTRASSE NO. 24.

Verlangen Sie sofort kostenlos

Unsere Haupt-Produkte: Modellbogen, Zigarrenband, Zigarrenring, Papier-Trageath, Muster etc.

Soeben neu erschienen Modellbogen 209 für gebrauchte Wickelformen

ROHTABAK

Beste-Decker, helle Farbe, großblättrig u. 3 Pfd. bedend à 250 M , feine-Decker-St. Andres, schwarzer Brand 300 M , Havana-Einlage, leicht u. feinste Qualität (billiger als Brasil) 220 u. 300 M , Decker und Umblatt 300 u. 400 M , St. Felix-Decker, großblättrig, enorme Deckkraft und tabelloser Brand 275 u. 260 M , Java-Decker, l. Länge Rollblatt hell, 1 1/2 Pfd. bedend, 300 M , Java-Umblatt, leicht und sehr ergiebig 220 M , Portugiesisch-Decker, fahler Einrollen, 1 1/2 Pfd. bedend 260 M , Sumatra-Decker 240, 280, 300, 350, 450, 500 M . Neue Cigarren-Formen für 20-25 Stück, 8 cm lang, 150 M . Neue schmale-eh. Pressen mit Flachgewinde für 10-12 Formen 850 M . Sehr. Zigarren-Rahmen 500 Stück à 60 M . Stielformen-Rahmen für 5-6 Formen mit zwei Schrauben 100 M . Zigarren-Ringe 15 M per Hundert. Große Pressen mit Flachgewinde, für 8-10 Wille, 15 M . Gummi-Druck 500 M . Gebrauchte Formen in allen Sorten, Schiffschiff-Abdrücke gratis.

Verkauft nur unter Kaufnahme.

J. H. Koopmann, Bremen
 Neustadtswall 36. Fernsprecher 3946.

Leon Weil, Speyer
 Gebr. 1862 Rohtabake Patent 189

Altbewährte Bezugsquelle für alle in- u. ausländ. Tabaksorten zu billigsten Marktpreisen. Zweimal tägl. Postversand (Nachn.). Spezialofferte: Javadeck, Spada, M 230 p. 1/2 Ko. verz. sehr ergiebiges 2. Vollbl., vorzügl. in Brand u. Geschmack. 1a reife, leichtgängige Java-Umblätter (Januar 1915) und Einlagen (beste Qualität) von M . 2.10 bis M . 2.45.

Unserem Kollegen **Friedrich Dehnert** zu seinem am 1. Januar 1916 stattgefundenen 25 jährigen Berufs-jubiläum die herzlichsten Glückwünsche.

Als Mitglieder der Zeitschrift danken.

Achtung! Rohtabak!
Hengloss & Maak
 Altona-Ottensen
 Filiale: Berlin N., Brunnenstrasse 25.

Drucksachen
 aller Art, in moderner Ausführung für Private u. Vereine liefert billigst
J.H.Schmalfeldt & Co.
 Bremen Geeren 6/8.

Carl Roland, Berlin SO
 Kottbuserstrasse 4

Sumatra-Tabak
 pr. Pfd. 2.—, 3.20, 3.50, 4.—, 5.50 M .

Verstärkten-Decken
 pr. Pfd. 2.70, 3.60 M .

Java-Umblatt
 pr. Pfd. 1.80, 1.90, 2.— M .

Brasil Ia pr. Pfd. 2.40 M .

Havana Ia pr. Pfd. 4.— M .

Mexiko-Decke Ia pr. Pfd. 5.— M .

Kein Tabak-Arbeiter darf mehr unorganisiert sein!

Briefkasten.
 Deuben 80 M .

Gelesene Tabak-Arbeiter

bilden ein ganz vorzügliches Agitationsmittel, aus diesem Grunde gebe man sie stets an unorganisierte Kollegen weiter.

Kaufe Stengel.
 zu höchsten Preisen. Auch kleine Posten. Offerten unter N. G. 100.

In den Einschreibungen vom 11. und 18. Dezember v. J. kaufte ich wiederum 2 geschlossene Partien Java-Tabak, die Marken

JVDB/Trang/DH/Kebonsarie/VO und SD/Krossok

Aus diesen Partien sowohl auch aus andern neuen Einkäufen finden Sie hervorragend günstige Angebote in dem soeben erschienenen

Rohtabak-Katalog Januar 1916

Fordern Sie in Ihrem eigenen Interesse sofortige Zusendung!

Heinrich Franck, Berlin N 54

Rohtabak-Katalog Brunnenstrasse 22 Utensilien für Zigarrenfabriken